

Österreich



FPÖ-Volksbegehren: Widerstand statt Unterschrift

Der FPÖ geht es mit ihrem Volksbegehren nicht um Frauenrechte, Frieden und Demokratie: mit Rassismus und Ausländerfeindlichkeit geht der Stimmenfang für die Nationalratswahlen los. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Gewerkschaftsführung verhindert Post-Streik

Obwohl sich über 90% der Beschäftigten in einer Urabstimmung für Kampfmaßnahmen ausgesprochen haben, spielt die Gewerkschaftsführung auf Zeit. Der Kampf droht zu scheitern. SEITE 3

Schwerpunkt



Kampf der Kulturen?

Die weltweiten Auseinandersetzungen um die "Mohammed-Karikaturen" lassen die rechte Schlachtparole vom "Kampf der Kulturen" wieder aufflammen. Was tun gegen Rassismus und Stärkung des Fundamentalismus? SEITEN 4/5

Internationales



EU: Bolkestein bringt Verschlechterungen

Auch in ihrer neuen Fassung verzichtet die EU-Dienstleistungsrichtlinie nicht vollständig auf das so genannte Herkunftslandprinzip. Auch auf andere Details ist zu achten! SEITE 7

Zeitung der Sozialistischen LinksPartei [SLP]

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

erscheint seit 1983

Nummer 154

März 2006

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Der Standpunkt

Ich hasse
rauchen

von Sonja Grusch

 Ich möchte klar stellen: Ich gehöre zu den militanten NichtraucherInnen. In meiner Wohnung herrscht Rauchverbot. Aber: Die Debatte um einen Mindestpreis für Zigaretten zum Schutz der Jugend ist verlogen.

Die selbe Regierung hat eine Preisbindungen bei z.B. Heizöl, mit dem hohe Gewinne gemacht werden, abgelehnt und lässt Viele in diesem Winter frieren. Dieselbe Regierung hat im Bildungswesen gekürzt und damit der Jugend die Zukunft weggespart. Dank der de facto Abschaffung einer existenzsichernden Pension und der Kürzungen im Gesundheitswesen stellt sich die Frage, ob es überhaupt noch erstrebenswert ist, alt zu werden.

Was dahinter steckt ist offensichtlich: 2005 sind die Einnahmen aus der Zigarettenbesteuerung (Tabak- und Mehrwertsteuer machen rund 75% des Tschick-Preises aus) hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Obwohl Anfang 05 die Tabaksteuer saftig erhöht wurde. Grund ist die Zunahme des Schmuggels. Der Fiskus bezichtigt knapp 6% seiner Gesamteinnahmen aus dem blauen Dunst. Dass eine Reduzierung des Konsums nicht erwünscht ist liegt auf der Hand. Und dass höhere Preise den Drogenkonsum nicht reduzieren – Nikotin und Alkohol sind die am häufigsten konsumierten Drogen in Österreich - weiß jeder, der eine RaucherIn kennt.

Wer ernsthaft gegen die Sucht Rauchen vorgehen will, muss bei der Frage beginnen, warum Menschen überhaupt süchtig werden. Ein Hauptgrund ist der zunehmende Stress, der Leistungsdruck, die Angst vor der Zukunft.

Wenn Regierungsvertreter wirklich das "Wohl der Jugend" im Auge hätten, dann schlag ich vor: Mehr Geld für Bildungs-, Gesundheits- und Pensionswesen um uns eine Zukunft zu geben. Arbeitszeitverkürzung und ein garantierter Arbeitsplatz für JedeN um den Stress zu reduzieren. Ein Verbot von Werbung für alle Arten von Drogen (auch Medikamente, Alkohol etc.) – statt riesiger völlig legaler Plakate – und besonders ein Werbeverbot an Schulen. Eine Gesellschaft die Jugendliche nicht zu angepassten BefehlsempräfängerInnen trimmt, sondern eine Entwicklung zu kritischen, selbstständig denkenden Menschen ermöglicht. Aber dann gäbe es die braven Arbeitstiere nicht mehr, die ihren Frust und Stress mit Zigaretten bekämpfen und die die FreundInnen der Regierung in der (Tabak-)Wirtschaft reich machen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnummern: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

"Nein zur EU!" UND "Nein zur FPÖ!"

Beim "Volksbegehren" der FPÖ geht es nicht um Frauenrechte, Frieden und Demokratie.

von Sonja Grusch,
SLP Wien

Von 6.-13. März ist Eintragsfrist für das FPÖ-"Volksbegehren". Strache & Co. beginnen den Nationalratswahlkampf. Mit rassistisch geprägten Scheinargumenten will man von der wachsenden Anti-EU-Stimmung profitieren. Um Frauenrechte, Frieden oder Demokratie geht es der FPÖ nicht. 10 Jahre EU-Mitgliedschaft haben die Hoffnungen in ein "soziales Europa" zerstört. Die EU wird realistisch gesehen: ein Wirtschaftsblock um den Sozialstaat zu zerschlagen und die Einkommen und Arbeitsbedingungen der ArbeitnehmerInnen zu verschlechtern. Laut einer SWS-Umfrage halten nur 49 % den EU-Beitritt für richtig. Der Ärger ist groß und reicht von neuen Postkästen über die Dienstleistungsrichtlinie bis zu den Privilegien der EU-PolitikerInnen. Diese Stimmung versucht die FPÖ zu nutzen. Da die anderen Parlamentsparteien offen für die EU sind, fällt es der FPÖ leicht, "Opposition" zu spielen. Bei näherem Hinsehen wird aber klar, dass die FPÖ für genau jene Politik steht, die sie vordergründig ablehnt.

DIE INHALTE IM WIDER-
SPRUCH ZU DEN PHRASEN

Laut FPÖ geht es bei dem "Volksbegehren" um "die Bewahrung der österreichischen Neutralität", "die Vereitelung des EU-Beitritts der Türkei" und "die Abwehr der EU-Verfassung in der vorliegenden

Form". Die Wahrheit sieht anders aus. 1955 stimmte die FPÖ-Vorgängerorganisation VdU gegen die Neutralität.

Noch 1998 schrieb Mölzer dass die FPÖ in Bezug auf einen Nato-Beitritt Österreichs "zumindest seit 1991 die treibende Kraft" gewesen sei und

zige angeblich "echte" FPÖ-Abgeordnete (Barbara Rosenkranz) und die "neue Linie" der FPÖ haben nichts mit dem Widerstand gegen Militarisierung, Abbau von sozialen und Menschenrechten zu tun. Gerade die Kampagne gegen den Türkei-Beitritt mit

der österreichischen ArbeitnehmerInnen, schließlich fordert sie in ihrem Programm die "umfassende Deregulierung des Wirtschaftslebens", "echte Privatisierung" und tritt gegen Kollektivverträge ein um "die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter zu stei-

nen. Natürlich geht es der Führung rund um Strache-Stadler-Mölzer aber auch um ein inhaltliches Zeichen. Nicht zufällig wird mit brutaler, rassistischer Propaganda auf Stimmen/Unterschriften-Fang gegangen. Die - berechtigte - Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes wird mit "Ausländer-Raus" Hetze beantwortet. Damit soll davon abgelenkt werden, dass gerade die von der FPÖ geforderte "Liberalisierung" und "Privatisierung" Jobs vernichtet.

KEINE UNTERSCHRIFT,
SONDERN WIDERSTAND

Sie sind auch gegen die EU-Verfassung und gegen eine Militarisierung Österreichs? Dann ist eine Unterschrift für das FPÖ-Volksbegehren der falsche Weg. Erstens vertritt die FPÖ diese Ziele nicht wirklich (siehe oben). Zweitens bedeuten viele Unterschriften eine Stärkung der FPÖ. Und damit die Stärkung einer rassistischen Partei, die für die Einschränkung demokratischer Rechte, für eine Aufrüstung Österreichs und die Einschränkung von Frauenrechten eintritt. Die FPÖ ist keine Opposition zum Europa des Kapitals. Eine solche echte Opposition, die die Interessen von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen - egal ob In- oder AusländerInnen - vertreten, gilt es aufzubauen. Die Antwort kann daher nur lauten: "Nein zur EU" UND "Nein zur FPÖ".

¹(<http://www.jf-archiv.de/archiv98/028aa8.htm>)



Kundgebung gegen Straches Hetztiraden am Viktor-Adler-Markt:
10. März 2006, 16 Uhr, Viktor-Adler-Markt, Wien 10

"in dieser Frage die Themenführerschaft" gehabt habe. Er sprach damals von einer "Verpflichtung [Österreichs, Anm] ... Vermittler ... in Richtung europäische Integration zu werden und damit sogar eine der treibenden Kräfte dieser EU-Osterweiterung" zu sein. Bei der Abstimmung über die EU-Verfassung im Parlament 2005 stimmten fast alle Abgeordneten des Freiheitlichen Clubs - von denen einige heute der FPÖ angehören - dafür. Doch auch die Gründe der Ablehnung der Verfassung durch die ein-

Verweis auf Frauenrechte ist zynisch. Prominent findet sich auf der FPÖ-Homepage "Mehr Babies - Europäer müssen Einstellung ändern". Mölzer & Stadler sprechen sich für Verschärfungen in Bezug auf das Recht auf Abtreibung aus.

WAS DIE FPÖ WIRKLICH WILL

Es geht der FPÖ nicht um Demokratie: eine Diskussion im Parlament -mehr kann ein Volksbegehren nicht erreichen - kann sie leichter haben. Es geht nicht um den Schutz

gern". Es geht nicht um Frieden, schließlich ist sie für eine "gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik". Nach der Parteipaltung geht es darum, bei den kommenden Wahlen als "Opposition" aufzutreten und so Stimmen zu gewinnen. Es geht aber auch darum, die schwer angeschlagene Partei wieder aufzubauen. Durch das Volksbegehren erhofft sich die FPÖ auch inaktive und neue AktivistInnen zu gewinnen, die dann im nächsten Wahlkampf als WahlhelferInnen eingesetzt werden können.

Salzburgs Zivildiener kämpfen für ihre Rechte

Zivildiener sehen nicht länger ein, warum sie für einen Hungerlohn arbeiten sollen.

Von Jan Rybak, SLP Salzburg

Mit den neuen Verordnungen des Innenministeriums werden die Zivildiener wieder einmal vor den Kopf gestoßen. Nicht genug, dass an Arbeitszeiten von bis zu 60 Wochenstunden (!), kein gelendes Arbeitsrecht, erbärmliche "Aufwandsentschädigung" etc. nichts geändert wurde.

Den Zivis drohen auch Abzüge beim Essensgeld von bis zu 35 %. Zivis die eine Küche in der Dienststelle haben (egal ob sie diese in der Mittagspause verwenden können oder nicht) müssen künftig auf 10% ihres Essensgeldes verzichten. Wenn sie immer am gleichen Dienstort sind (wo bei das gesamte Stadtgebiet als "gleichbleibender Dienstort" angesehen wird) werden weitere 10 % abgezogen. Wenn der Zividiener das Pech hat nur zu "leichten" Arbeiten, wie Flüchtlings- oder Behinderungsbetreuung herangezogen zu werden, muss er auf

weitere 15% des Essensgeldes verzichten. Dazu soll ein Teil der Verpflegung auf Naturaalien umgestellt werden.

AM BEISPIEL ROTES KREUZ

Zivis sollen von nun an auch Mikrowellenmahlzeiten der Firma Gourmet bekommen. Es lässt sich zwar darüber streiten wie das dann schmeckt und wie (un)gesund es ist sich neun Monate von Mikrowellenessen zu ernähren, aber nicht streiten sollte man darüber ob man satt wird oder nicht. Diese Menüs, die die Hälfte der täglich Ernährung ausmachen sollten haben nämlich durchschnittlich nur 500 kcal (ein Rettungsfahrer braucht etwa 3.400 kcal pro Tag). Dies sind Angriffe auf die elementarsten Interessen der Zivildiener - ausreichende Ernährung - und ein Schlag ins Gesicht!

LOHNDRÜCKER
UND SCHULDENFALLE

Die Situation der Zivis, die inzwischen leider das Rück-

grat des viel beschworenen Sozialstaates Österreich darstellen ist symptomatisch für die Totsparpolitik der Regierung wie der Sozialdemokratie. Es ist eine klare Entscheidung gegen das Sozialsystem und die Grundinteressen eines großen Teils der österreichischen Bevölkerung (derzeit leisten 10.428 junge Männer ihren Heeresersatzdienst), wenn die Sozialeinrichtungen privatisiert werden und Zivis als Lohndrücker eingesetzt und in die Schuldenfalle getrieben werden.

SCHLUSS DAMIT!

Damit gilt es Schluss zu machen. Wir Zivildiener sind uns voll bewusst, dass ohne unseren tagtäglichen Leistungen ein großer Teil des Sozialsystems zusammenbrechen würde. Wir werden gezwungen, es am Leben zu erhalten. Und wir werden auch noch wie billige Sklavenarbeiter behandelt. Wir sind nicht für die generell niedrigen Löhne im Sozialbereich verantwortlich, wir werden bewusst als Lohn-



drücker missbraucht. Wir fordern die gleichen arbeitsrechtlichen Bestimmungen wie für unsere regulär angestellten KollegInnen und eine

anständige Bezahlung. Für diese Rechte sind wir bereit zu kämpfen. Wenn nötig mit allen Mitteln!

Vom verhinderten Streik in die Gewerkschaftskrise?

Postprivatisierung: Gewerkschaftsbürokratie verhindert erfolgreichen Arbeitskampf

von Gerhard Ziegler,
SLP Oberösterreich

Für einen wirksamen Arbeitskampf gäbe es eigentlich - zumindest bis jetzt - gute Voraussetzungen. Die GPF (Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten) fasste rechtzeitig einen Streikbeschluss im Fall einer Privatisierung und holte sich dafür die Unterstützung der Beschäftigten. In urabstimmungähnlichen Befragungen erklärten über 90 Prozent ihre Zustimmung. In der Bevölkerung gibt es breite Ablehnung einer Postprivatisierung, was Verständnis für einen Streik erwarten lässt.

Trotzdem weigerte sich die GPF-Führung, der Regierung mit einem sofortigen Streik die Stirn zu bieten. Stattdessen gab es mit zwei mager besuchten Kundgebungen, für die kaum mobilisiert wurde, ein Rückzugsgefecht, noch bevor der Kampf begonnen wurde. Nur im Verteilerzentrum in Linz kam es zu einer spontanen Arbeitsniederlegung, die aber völlig isoliert blieb und von GPF und ÖGB verschwiegen wurde.

Ein führender oberösterreichischer Postgewerkschafter bringt das Dilemma der Gewerkschaftsbürokratie auf den Punkt, wenn über seinen Vorsitzenden feststellt: "Gerhard Fritz wollte gar nie streiken!"



Die GPF-Führung sollte aus der Erfahrung der letzten Jahre wissen, dass nur mit einem Arbeitskampf der Angriff zu verhindern ist. Seit 1999 wurden ca. 1.000 Postämter geschlossen, der Arbeitsdruck vor allem in den Verteilerzentren hat extrem zugenommen und an die 10.000 Arbeitsplätze bei der Post wurden gestrichen. Das alles geschah mit Dulden der GPF für das Versprechen der Regierung, dafür keine Privatisierung vor 2007 ins Auge zu fassen. Gebracht hat der Deal nur Verschlechterungen und jetzt, wo die Regierung erreicht hat, was sie wollte, setzt sie den nächsten Schritt. Daher die Streikvorbereitungen. Doch letztlich zeigt sich, dass die GPF-Spitze die Ideologie der Klassenzu-

sammenarbeit schon so verinnerlicht hat, dass sie selbst vor einem unausweichlichen Kampf kapituliert. Statt für den Kampf zu mobilisieren, setzt die GPF nun auf Verhandlungen mit dem Management, um die Auswirkungen der Privatisierung für die Beschäftigten so weit wie möglich abzumildern. Wie aber soll eine zahnlose GPF, die bewiesen hat, dass man sie ungestraft erpressen kann, in Verhandlungen für die Beschäftigten etwas Vernünftiges herauszuschlagen?

MÖRDERISCHES SPIEL MIT DER ZEIT

Die GPF-OÖ geht zwar in einzelnen Fragen weiter als die Gesamt-GPF (diese spricht

sich z. B. nur gegen eine Privatisierung vor 2007 aus, während die GPF-OÖ richtigerweise festhält, dass eine Privatisierung zu jeder Zeit abzulehnen ist), doch vor einem Streik schrekt auch sie zurück. Ein solcher bliebe isoliert, da die Zentrale keinen will und es wäre fraglich, ob die Leute noch mitziehen würden, vielleicht wird's leichter, wenn bei den Verhandlungen nichts für die Beschäftigten rauschaut ... so die Argumentationslinie. Je länger aber die Gewerkschaftsbürokratie stillhält, umso mehr werden Regierung und Management gestärkt und die Kampfbereitschaft in den eigenen Reihen wird - ähnlich wie nach dem vorzeitig abgebrochenen Streik bei

den Eisenbahnern - in Zorn und Resignation umschlagen. Nur ein sofortiger Streik brächte die Postbeschäftigte und die GPF wieder in die Offensive.

KÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFTSPOLITIK UND POLITISCHE ALTERNATIVE NÖTIG!

Ein "wilder Streik", also ein Streik ohne Rückendeckung durch die GPF, scheint nicht sehr wahrscheinlich. Zum einen gibt es unter den Beschäftigten keine Streikerfahrung und zum anderen sind "die Postler" in sich stark differenziert - die Älteren sind pragmatisiert (sie haben daher nicht den Arbeitsplatzdruck und können sich schon Richtung Pensionierung orientieren), während die Jüngeren Arbeitsverträge wie in der Privatwirtschaft haben. Sie und auch die Teilzeitkräfte, die hauptsächlich in den Verteilerzentren (neben Leasingpersonal) eingesetzt werden, zeigen die größte Kampfbereitschaft, haben aber auch Angst um ihren Arbeitsplatz. Wir treten daher für die Organisierung von Aktionsgruppen in den Betrieben und Abteilungen ein, fordern PersonalvertreterInnen-Konferenzen und Urabstimmungen, um von der Basis her Druck auf die Gewerkschaftsspitze auszuüben, doch noch den notwen-

digen Kampf zu organisieren. Der neoliberalen Einheitsbrei der politischen Parteien - "Oppositions"-politiker Gusenbauer kann sich den Börsegang der Post "vorstellen" und "Oppositions"-politiker Van der Bellen "bis zu 100%" - macht auch Solidaritätsaktionen und Zeichen des Widerstands in der Öffentlichkeit notwendig. Dazu haben wir in Linz maßgeblich zur Bildung eines "Aktionskomitees gegen die Privatisierung der Post" beigetragen. Dieses organisiert für Freitag, 17. März in Linz eine Demonstration unter den zentralen Losungen: "Nein zur Privatisierung der Post! Schluss mit der Demonstration der öffentlichen Dienste!". GPF und ÖGB haben ursprünglich Interesse an der Demo gezeigt. Nun verweisen sie auf eine (vielleicht stattfindende) Demonstration im April. Je später es Proteste gibt, umso geringer sind ihre Erfolgsschancen. Die Demo am 17. März wird stattfinden - die Gewerkschaft aber lässt wertvolle Zeit verstreichen, statt zu mobilisieren.

TERMIN

DEMONSTRATION:
Privatisierung ist Enteignung!

Freitag, 17. März, Linz
Ort und Zeit auf www.slp.at bekannt gegeben.

Streik im öffentlichen Dienst in Deutschland, um Arbeitgeberoffensive zu stoppen:

Arbeitszeitverlängerung verhindern

von Seán McGinley,
SAV Mannheim

Seit dem 6. Februar streiken in mehreren Deutschen Bundesländern die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Je 20.000 Beauftragte der Länder und der Kommunen legten die Arbeit nieder. Der größte Streik seit 1992 ist möglich. Ergebnisse um die 95% in den Urabstimmungen und die hohe Beteiligung beweisen eindrucksvoll die Streikbereitschaft.

Noch wird in den westdeutschen Kommunen 38,5 Stunden gearbeitet. Die Arbeitgeberseite will die 40-Stunden-Woche erzwingen. Ostdeutsche KollegInnen, Bundesbedienstete und die meisten Landesbeschäftigte müssen bereits länger als 38,5 Stunden arbeiten. Immer wieder behaupten die ArbeitgeberInnen, bei der Einführung der 40-Stunden-Woche gehe es nur um 18 Minuten mehr am Tag. Doch bei der heutigen Arbeitsbelastung für einen Müllwerker oder eine Erzieherin bedeutet jede Minute Mehrarbeit Mehrbelastung. Und 18 Minuten am Tag sind zehn Tage im Jahr und zwei Jahre im Arbeitsleben. Die geplante Arbeitszeitverlängerung ist auch ein Programm für massive

Arbeitsplatzabbau. Frank Bsirske, Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, warnt, dass 1,5 Wochenstunden mehr vier Prozent weniger Arbeitsplätze bedeuten würden. Zehntausende Stellen wären direkt betroffen, hundertausende weitere wären in Gefahr, wenn es mit einer Niederlage im aktuellen Konflikt zu einem Dammbruch kommen sollte.

Seit 1995 sind 2,2 Millionen Stellen im öffentlichen Dienst weggefallen. Arbeitszeitverlängerungen führen dazu, dass weitere KollegInnen "eingespart" werden und immer weniger immer mehr arbeiten müssen. Statt Arbeitszeitverlängerungen, verstärkter Arbeitsdruck und beschleunigter Stellenabbau ist die Forderung nach einer drastischen Verkürzung der Wochenarbeitszeit - bei vollem Lohn- und Personalausgleich - das Gebot der Stunde: Statt Massenarbeitslosigkeit auf der einen und Überstunden sowie erhöhte Arbeitszeit auf der anderen Seite, sollte die vorhandene Arbeit auf alle aufgeteilt werden.

PROVOKATIONEN DER ARBEITGEBERINNEN ABWEHREN

Länger arbeiten für weniger Geld – darum geht es, nicht



nur im öffentlichen Dienst. Während die Gewinne von Unternehmern und Kapitalbesitzern 2005 um 6,1% stiegen, fielen die Arbeitnehmerentgelte um 0,5%.

Parallel dazu kommen neue Angriffe: Mehrwertsteuererhöhung, Rente ab 67, Aushöhlung des Kündigungsschutzes. Die soziale Schere klafft immer weiter auseinander: Die Lebensorwartung der Reichen übersteigt die der Armen heute um zwölf Jahre.

STREIK AUSDEHNEN

Es geht um viel bei diesem Streik. Sollten die Arbeitgeber

mit ihrer Blockadehaltung Erfolg haben, dann würde die Belastung der Beschäftigten enorm zunehmen, die Versorgung im öffentlichen Dienst noch schlechter werden und das Arbeitslosenheer weiter anwachsen. Mehr noch. Die Herrschenden würden sich ermutigt sehen, die Umverteilungspolitik von unten nach oben zu forcieren.

40.000 Streikende werden nicht genug sein, um den Arbeitgebern wirksam Paroli zu bieten. Bundesweit sollten alle streikbereiten Betriebe zu Arbeitsniederlegungen aufgerufen werden. Wenn bundesweit im öffentlichen Dienst die Ar-

beit ruht, dann wird jede und jeder vor Augen geführt, wer das öffentliche Leben in Gang hält. Die Wirtschaft könnte zum Erliegen gebracht werden.

FÜR EINEN BUNDESWEITEN STREIK- UND PROTESTTAG

Der Streik im öffentlichen Dienst bietet die Möglichkeit, der Offensive der Unternehmer und ihrer Politiker und Parteien endlich Einhalt zu gebieten. Kampf-, Arbeits- und Lebensbedingungen aller

dehnt werden sollte.

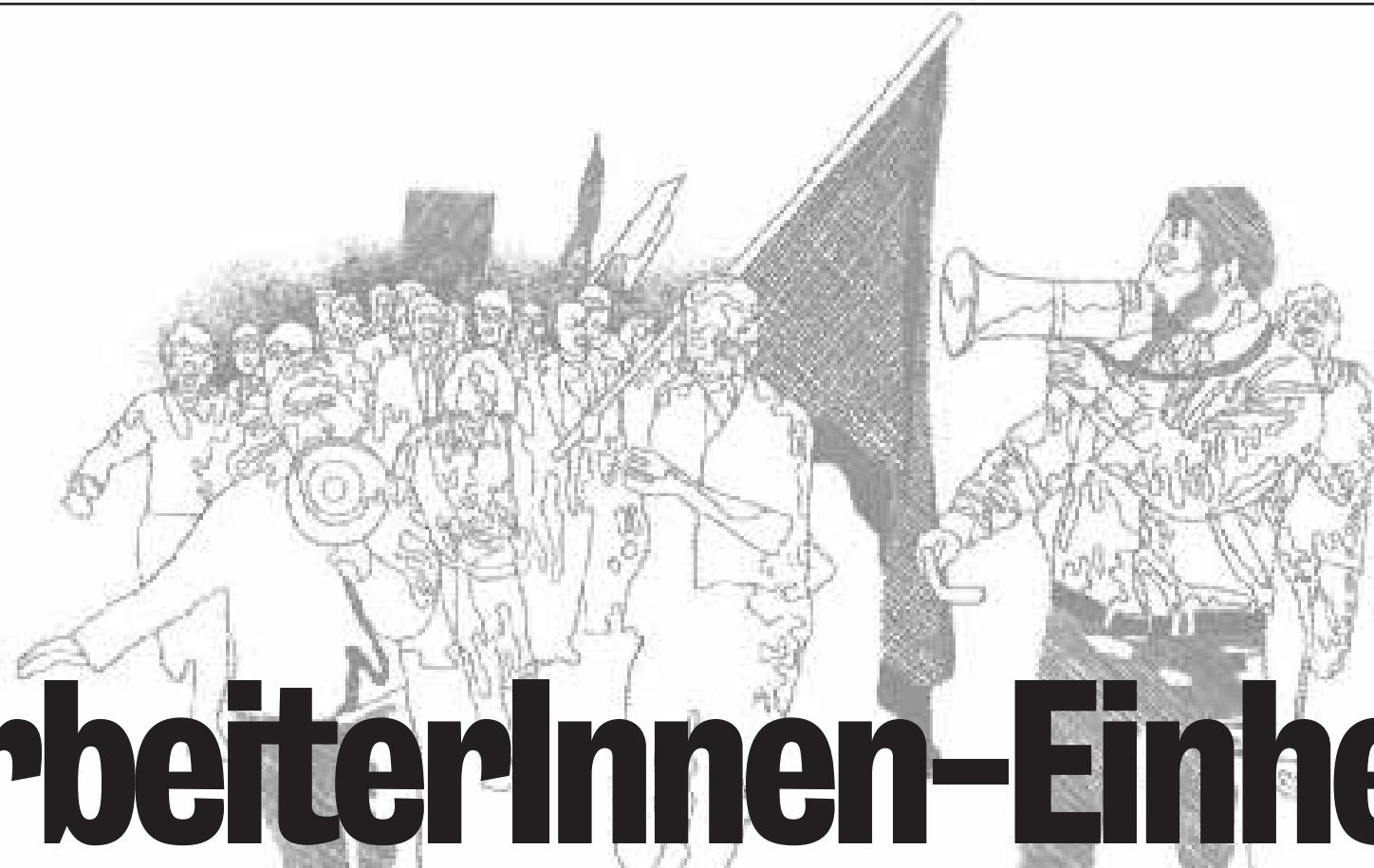
Mit einem bundesweiten Streik- und Protesttag könnten den Arbeitgebern deutliche Zugeständnisse abgetrotzt werden. Damit würden die Voraussetzungen für einen weiteren Aufbau der Bewegung geschaffen werden, um grundlegende Verbesserungen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu erzielen.

GEFAHR EINES FAULEN KOMPROMISSES

Es besteht die reale Gefahr, dass die ver.di-Führung sich auf einen faulen Kompromiss einlässt. Bsirske hat angedeutet, wie dieser aussehen könnte: kürzere Arbeitszeiten für ältere und längere Arbeitszeiten für jüngere.

1992 würgte die Gewerkschaftsspitze den 11-Tägigen bundesweiten Streik von 400 000 KollegInnen genau zu dem Zeitpunkt ab, als er massiven Druck zu entfalten begann. Statt der geforderten 9,5% gab es sogar einen Reallohnverlust.

Eine erfolgreiche Streikbewegung im öffentlichen Dienst bietet die Möglichkeit, dass ArbeiterInnen, Angestellte und BeamteInnen aus der Defensive herauskommen und andere KollegInnen Rückenwind spüren.



ArbeiterInnen-Einheit statt Hetze und Hass!

Rechter Schlachtruf vom "Kampf der Kulturen" führt in den Abgrund

von Franz Breier jun., SLP Wien

Die weltweiten Auseinandersetzungen um die sogenannten "Mohammed-Karikaturen" lassen die rechte Schlachtparole vom "Kampf der Kulturen" wieder aufflammen. Wenngleich die etablierte EU-Politik zu "Vernunft und Mäßigung" aufruft, wird diese Auseinandersetzung einen Vorwand für Verschärfungen rassistischer Gesetze bieten. In Dänemark gewinnt die rechtsextreme Partei DVP in Umfragen 50 % vom letzten Wahlergebnis hinzu. In Ländern wie Iran und Syrien scheinen sich die reaktionären Regimes mittels der Massenproteste zu stabilisieren. Wie sind die Proteste in diesen Ländern bei näherer Betrachtung einzuschätzen, und welche Haltung nehmen wir SozialistInnen zu Meinungsfreiheit und Religion ein?

GEZIELTE RASSISTISCHE PROVOKATION

Nähern wir uns dem Auslöser der Tumulte. Anhand der verantwortlichen Zeitung und der Politik der dänischen Regierung lässt sich erkennen, dass hinter den Karikaturen eine gezielte rassistische Provokation steckt. Die dänische Zeitung "Jyllands-Posten" steht der Partei des Ministerpräsidenten Fogh Rasmussen nahe. Dieser führt seine Minderheitsregierung auf Grundlage der Duldung durch die rechtsextreme DVP. Die Politik Rasmussens umfasst, wie in der EU üblich, Sozialabbau und Rassismus. Seit 2001 verschärft Rasmussen die Asylgesetze. So dürfen MigrantInnen unter 24 nicht mehr heiraten. "Jyllands-Posten" ist ein rechtskonservatives Blatt, gestützt auf die protestantischen Mittelschichten. Die Zeitung ist weder Vorkämpferin der Aufklärung noch der Satire. In den 1930er Jahren unterstützte sie den Nazi-Faschismus.

Die Karikaturen haben eine zentrale Botschaft: alle Moslems sind Terroristen. Beispielsweise wird eben der Kopf Mohammeds gezeigt, dessen Turban eine Bombe ist. Ginge es um eine Religionskritik, müsste sich in einer dänischen Zeitung zumindest auch ein rabiat Herr Luther befinden, der einem aufständischen Bauern den Kopf abreißt. Solcherart könnten Aussagen getroffen werden, dass Religion sowohl den Kern kriegerischer Missionierung in sich trägt als auch ein Werkzeug ist, gegebene Ausbeutungsverhältnisse aufrecht zu erhalten. (Genau diese Rolle spielte der Führer der lutherischen Reformation.) Jyllands-Posten will diese Aussagen aber ganz und gar nicht. Das erkennt man auch aus den folgenden Aussagen: Die dänische Politologin Jytte Klausen berichtet: "Drei Jahre zuvor lehnte Jyllands-Posten Jesus-Karikaturen ab... Einem Bericht des britischen "Guardian" zufolge erklärte der verant-

wortliche Redakteur Jens Kaiser dem Karikaturisten Christoffer Zieler damals: "Ich glaube nicht, dass die Zeichnungen den Lesern von Jyllands-Posten gefallen werden. Ich denke, sie werden für einen Aufschrei sorgen. Darum werde ich sie nicht verwenden."

RECHTE POLITIKER PLÖTZLICH FÜR MEINUNGSFREIHEIT?

Die dänische Regierung rechtfertigt nun die Karikaturen mit der "Meinungsfreiheit". Zu diesem Thema informiert uns Klausen: "Dänemark ist kein Musterland der Meinungsfreiheit. Artikel 140 des Strafgesetzbuches sieht eine Geldstrafe und bis zu vier Monate Haft für die Herabsetzung einer "anerkannten religiösen Gemeinschaft" vor. Die dänische Rechte ist erst kürzlich zum Prinzip der Meinungsfreiheit umgeschwenkt. Sie hat eine eigene Idee von dessen Nutzung. In den vergangenen zwei Jahren hat die Dänische Volkspartei zweimal die Abschaffung des Blasphemie-Paragrafen vorgeschlagen. Die Parteimitglieder Jesper Langballe und Soren Krarup sind beide Pastoren in der Lutherschen Landeskirche und haben in Parlamentsreden Muslime als "ein Krebsgeschwür der dänischen Gesellschaft" bezeichnet."

Die Politik der gegenwärtigen Regierung zielt in dieselbe Richtung: "Wir sind in den Krieg gegen die gleichmacherische multikulturelle Ideologie gezogen", prahlte Kulturminister Brian Mikkelsen in einer Parteidrede im vergangenen Herbst. (SPIEGEL online, 10.2.06) Damals waren die Karikaturen bereits veröffentlicht. Der generelle Terror-Verdacht gegen Moslems/Muslima soll den Regierenden erleichtern, Gesetze gegen MigrantInnen zu verschärfen, Polizei-Befugnisse auszuweiten und letztlich die Meinungsfreiheit ... einzuschränken.

BESCHRÄNKTE MEINUNGSFREIHEIT

Mittlerweile finden Anfang Februar traditionell Proteste gegen die jährliche NATO-Tagung in München statt. Dieses Jahr wurden DemonstrantInnen verhaftet, da sie es wagten, ein von der Polizei "untersagtes" Plakat mit sich zu tragen. Es zeigte US-Präsident Bush mit der Bezeichnung Kriegsverbrecher. Das Gerede von der Meinungsfreiheit kommt aus den Münden solcher Regierungen wie der dänischen, deutschen oder österreichischen zur Heuchelei. Gerade die ArbeiterInnen-Bewegung hat gewaltiges geleistet, um demokratische Freiheiten zu erkämpfen. Mehr noch: sie leistet es noch immer, da auch und gerade in den "zivilisierten" kapitalistischen Ländern viele dieser Grundrechte unter Beschuss stehen. Die Meinungsfreiheit wurde immer gegen die Mächtigen von

unten erkämpft, nicht durch die jeweils herrschende Schicht oder deren Hof-BerichterstatterInnen.

Das Heranziehen der "Meinungsfreiheit" in diesem Fall ist aus einem weiteren Grund fragwürdig: Presse- und Meinungsfreiheit sind in der kapitalistischen Gesellschaft oftmals nur leere Phrasen. Gerade in Österreich herrscht eine mächtige Konzentration im Bereich der Printmedien. Die engen Verbindungen zwischen herrschender Politik, Konzernzentralen und den Spitzen der Medienbranche sind ein offenes Geheimnis. Der direkte Einfluss der ÖVP-FPÖ bzw. BZÖ-Regierung auf die ORF-Berichterstattung war in den letzten Jahren Gegenstand so mancher Proteste von JournalistInnen. Bloß theoretisch das "Recht" zu haben, etwas zu sagen und zu denken, bedeutet noch nicht, dies auch praktisch tun zu können. Es beginnt damit, dass zur Herausgabe einer Tages-Zeitung enormes Kapital nötig ist. Und in Österreich schaut's noch gut aus. Unglaublich viele Menschen auf diesem Planeten können nicht Lesen und Schreiben. Über eine Milliarde haben pro Tag durchschnittlich weniger als 1 Euro zur Verfügung. Wer von ihnen kann sich auch nur eine Tageszeitung leisten? Solche Überlegungen spielen in den kapitalistischen Medien keine Rolle.

IMPERIALISTISCHE KRIEDE PROVOZIEREN PROTESTE

Der Kern der Empörung betrifft keineswegs nur die Karikaturen. Die Gründe sind handfester. Und es fällt auf, wie wenig in den großen Medien über die eigentlichen Hintegründe der Emotionen in den arabischen bzw. mehrheitlich moslemischen Ländern berichtet wurde: Imperialistische Länder führten 2001 Krieg gegen Afghanistan, 2003 gegen den Irak mit anschließender Besatzung. Das Land steht heute, auch aufgrund der regelmäßigen Luftschläge und Boykott-Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung seit 1991, weiter von Demokratie und Frieden entfernt als jemals zuvor. Hinzu kommt die jahrzehntelange Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung durch die israelische Armee, speziell die Siedlungspolitik in der Westbank. Das alles findet unter Duldung der Großmächte statt. Nun droht Bush auch noch gegen Iran. Der Einsatz von Atomwaffen wird von Frankreichs Präsident in Betracht gezogen. All das sind die handfesten Hintergründe für die Explosion der Proteste. Wir verstehen den Unmut über diese Politik sehr gut.

PROTESTIEREN NUR FUNDAMENTALISTEN?

Wir haben viele Bilder von Protesten gesehen.

Die meisten zeigten brennende Fahnen, demonstrierte Botschaften und zum Mord aufrufende Anführer. Diese Elemente und ihre bevorzugte Darstellung in den westlichen Medien tragen das ihre dazu bei, Skepsis und Ablehnung unter Menschen verschiedener Herkunft zu schüren. Die Proteste in verschiedenen arabischen, sowie in mehrheitlich moslemischen Ländern und in Iran wurden natürlich von reaktionären Regierungen, bzw. Fundamentalisten beeinflusst. Gerade die Regimes von Syrien und Iran haben ofensichtlich Proteste nicht nur geduldet, sondern auch angeheizt. Syrien sah eine Gelegenheit, sich nach dem internationalen Druck in Folge der Ermordung eines wichtigen Politikers im Libanon (wo Syrien die Rolle einer Besatzungsmacht spielt) wieder zu stabilisieren. Doch darin erschöpfen sich die Proteste nicht. Vor allem dort, wo sie sehr wohl Massencharakter angenommen haben, steckt keineswegs hinter jedem Demonstranten ein reaktionärer Fundamentalist! Doch aufgrund der Schwäche der Linken und durch den Einfluss reaktionärer Fundamentalisten und Rassisten, im Ost und West, wächst die Gefahr von Zusammenstößen bis hin zu Pogromen. Im Norden Nigerias nehmen die Übergriffe auf Angehörige der christlichen Minderheit wieder zu. All das geht einher mit den Schwächen der ArbeiterInnenbewegung, eine Alternative anzubieten. Die politischen und religiösen Eliten der jeweiligen Länder wollen jeglichen anti-imperialistischen Protest in ihre Bahnen lenken; am besten in Form einer Gegenüberstellung von Religionen und "Kulturen".

So wie auch die FPÖVP-Regierung im Jahr 2000 anlässlich der "EU-Sanktionen" zum "nationalen Schulterschluss" aufgerufen hat, nutzen reaktionäre Regimes den Karikatur-Konflikt, die "Einheit der Moslems" gegen äußere Feinde zu beschwören. Da dies auch mit Gewalt geschehen müsse, rechtfertige sich ihre Rolle als politische, geistige oder militärische Führung. Der Mechanismus ist im Westen gleich: wenn die Bedrohung von moslemischen Attentätern ausgeht (und nicht z.B. vom Sozialraub der Regierung), braucht es ... mehr Polizei, strengere Gesetze, weniger demokratische Freiheiten. Alles sei zum "Schutz" der Bevölkerung, die eine gemeinsame Kultur zu verteidigen habe. Wir SozialistInnen sind in keinem kapitalistischen Land der Welt bereit, dieses verlogene Spiel mitzuspielen.

Im Westen führt die oftmals aggressive Haltung gegen Nicht-Moslems auf Demos zur Zunahme der Spannungen. Diese Stärkung rechter und rassistischer Kräfte auf allen Seiten zeigt die drohende Gefahr. Nur die ArbeiterInnen-Bewegung kann hierzu eine Alternative entwickeln. Dazu ist eine klare Haltung bezüglich Religion und Glauben nötig.

GLAUBE UND KLASSENKAMPF

Jede/r ernsthafte Marxist/in lehnt die Religion ab. Gleichzeitig sind SozialistInnen diejenigen, die entschieden ablehnen, religiöse Vorurteile gegen Menschen eines anderen Glaubens bzw. Nicht-Glaubens einzusetzen. Genauso wie wir gegen Diskriminierung aufgrund einer Religionszugehörigkeit sind, kämpfen wir gegen Unterdrückung auf der Grundlage von Geschlecht, Hautfarbe und sexueller Orientierung. Gerade in diesen Punkten befindet man sich mit den verschiedenen religiösen Hardlinern in offenem Kampf, natürlich auch den islamischen. Gleichzeitig muss die ArbeiterInnen-Bewegung und im speziellen die sozialistische, offen auf religiös geprägte ArbeiterInnen zugehen. Anhand praktischer Auseinandersetzungen kann klar gemacht werden, dass nicht die Bindung an eine Religion über Arm und Reich entscheidet, sondern die soziale Lage; nennen wir es die Klassen-Zugehörigkeit. In jeder Religionsgemeinschaft verlaufen dementsprechend Risse und mitunter breite Klüfte zwischen Millionären und Ausgebeuteten. Die vorhandenen Risse zwischen ArbeiterInnen und Erwerbslosen verschiedener Religionen sowie AtheistInnen können ebenso nur durch Kämpfe gegen Sozialabbau und für bessere Arbeitsbedingungen geschlossen werden. Nur so kann eine Einheit gegen religiöse und rassistische Rattenfänger aufgebaut werden. Rücksicht gegenüber religiösen Vorurteilen einfacher Menschen bei gleichzeitigem unmissverständlichem Kampf gegen die reaktionären Führer, die den wirtschaftlichen und politischen Eliten angehören.

Der Islamische Fundamentalismus hat seine Gegenstücke bei uns. Diese sind um nichts besser oder ungefährlicher: in Österreich sind es vor allem die Angriffe der katholischen Fundamentalisten auf das Frauenrecht, selbst über den Körper und eine Schwangerschaft zu entscheiden. Auch in der hohen Politik sitzen sie: Katholische Fundis wie Andreas Khol (ÖVP) wollten ihren/einen "Gott" sogar in die Verfassung schreiben.



DIE ROLLE DER RELIGION IN DER GESCHICHTE

Die Führer der verschiedenen Religionen und Konfessionen haben sich der Modernisierung und fortschrittlichen Bewegungen meist offen ablehnend gegenüber gestellt. Waren die Kirchenoberhäupter im Mittelalter Profiteure der feudalen Ausbeutung, schafften sie es in den meisten Fällen auch, im Kapitalismus ihren Platz zu finden. Ein Ausdruck dieser Zusammenarbeit sind die berühmten Waffensegnungen der Weltkriege. In diesen Kriegen ging es um die Neuauflistung der Welt unter die stärksten kapitalistischen Staaten. Das gegenseitige Abschlachten von Katholiken aus verschiedenen Ländern im 1. Weltkrieg führte beim zuständigen Papst nur dazu, seine Stellungnahmen mit der nötigen diplomatischen Feder und "Ausgewogenheit" zu verfassen. In den verschiedenen revolutionären Umbrüchen stand die überwiegende Mehrheit der Religionsführer immer auf der Seite der blutigen Gegenrevolution.

Das "Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale", dem die SLP angehört, führte in einer Stellungnahme Mitte Februar aus, wie sich die Moderne gegen die christliche Reaktion durchsetzen musste und muss. Dazu zählen Kriege zwischen den christlichen Konfessionen wie der 30-jährige Krieg (1618-1648), die Inquisition, die Hexenjagd, die Abschlachtung der indigenen NordamerikanerInnen sowie der Kolonialismus generell. Keine Religion hat hierbei Anspruch auf Absolution: die fundamentalistischen jüdischen Führer rechtfertigten die gewaltsame Vertreibung der PalästinenserInnen in den 1940er Jahren mit einer geographischen Entscheidung, die angeblich "Gott" getroffen hätte. Genauso baut der Buddhismus in einem seiner Kernländer auf barbarischen Chauvinismus: Die Pogrome gegen die tamilisch sprechenden Hindus in Sri Lanka wurden und werden von Mönchen und ihrem aufgehetzten Mob angestachelt und durchgeführt. Hindu-Fundis haben ihrerseits im indischen Bundesstaat Gu-

jarat 2002 Massaker an Moslems angerichtet. Keine dieser Gewalttaten brachte für die Bevölkerung eine grundlegende Lösung der sozialen Probleme. Im Gegenteil verschärft jeder religiöse oder ethnische Konflikt die Probleme für nachfolgende Generationen.

Wir nehmen für uns das Recht heraus, an keinen Gott zu glauben und für diese Ansicht offen Werbung zu machen. Genauso muss Meinungsfreiheit und vor allem das Demonstrationsrecht in Österreich und der EU verteidigt werden. Dagegen finden regelmäßig Angriffe von Seiten des Gesetzgebers sowie der Exekutive statt. Es ist die Aufgabe von linken und sozialistischen AktivistInnen im Nahen und Mittleren Osten, eine Alternative zu den reaktionären Fundamentalisten und den undemokratischen Regimes aufzubauen. Das beinhaltet die Versammlungsfreiheit in all den Fällen, wo das Regime Demos nicht wünscht. In Iran war dies in jüngster Vergangenheit der Arbeitskampf der Teheraner Busfahrer, gegen die brutal vorgegangen wurde und wird.

- ◆ Wir treten für die vollständige Trennung von Kirche und Staat ein. Das heißt in Österreich vor allem die sofortige und - wo möglich - rückwirkende Kündigung der Verträge mit dem Vatikan. Religion ist Privatsache; daher keine Finanzierung religiöser Inhalte in Schulen durch Steuergelder.
- ◆ Angesichts der zunehmenden Schaffung eines Sündenbocks in Form arabischer bzw. moslemischer Menschen sind wir gegen jegliche sogenannten "Anti-Terror-Maßnahmen" und den Überwachungsstaat. Dadurch wird kein ernsthafter Terrorangriff gestoppt. Für die Rücknahme aller rassistischen Gesetze der letzten Jahre, inklusive der Maßnahmen der SPÖVP-Koalition in den 1990er.
- ◆ Gemeinsames Ziel ist eine multiethnische Massenbewegung zur Überwindung des Kapitalismus weltweit.

Sri Lanka: Machtpolitik und ethnische Konflikte

Nach dem Tsunami nun Bürgerkrieg?

von Albert Kropf, aus Sri Lanka

Den meisten Menschen ist der Sri Lanka wegen der Tsunami Katastrophe in Erinnerung. An die 30.000 Menschen haben dabei ihr Leben verloren und über 35.000 Häuser wurden gänzlich zerstört. Nun droht bereits die nächste Katastrophe für die Bevölkerung des Inselstaats. Ein (neuerlicher) Bürgerkrieg zwischen Tamilen und Singhalesen - den beiden ethnischen Hauptbevölkerungsteilen.

DER PRÄSIDENT IM ZENTRUM

Ende vergangenen Jahres gewann Mahinda Rajapakse die Präsidentenwahlen auf der Grundlage eines singhalesisch nationalistischen Wahlkampfes. Dabei waren seine großzügigen Versprechen an die singhalesischen Tsunami Opfer eine wesentliche Grundlage für den Wahlsieg. Zuvor bekleidete Rajapakse das Amt des Premierministers. Bereits damals hat er versucht, den Tsunami als "Waffe" gegen die autonomen Tamilengebiete im Norden und Osten des Landes zu missbrauchen. Hilfe wurde versagt und die Gebiete sollten ausgehungert werden. Als Präsident hat er nun in den ersten Monaten seit der Wahl die Gangart massiv verschärft. Von Seiten der Regierung wird das Bild einer überall drohenden "tamilischen Gefahr" gezeichnet und so Angst in der singhalesischen Mehrheitsbevölkerung geschürt. In der Nacht werden ganze Bezirke der Hauptstadt militärisch abgeriegelt und Haus für Haus nach tamilischen "Terroristen" durchsucht. Straßensperren im ganzen Land, überall enorme Polizei- und Militärpräsenz und dazu noch die Propaganda in den von der Regierung kontrollierten Medien hetzen die singhalesische und tamilische Bevölkerung gegeneinander auf. Als direkte Folge dieser Politik gibt es bereits wieder erste Übergriffe auf die schikanierte und überall im Land lebende tamilische Minderheit und ein tamilischer Parlamentsabgeordne-



ter wurde getötet. Eine besondere Rolle spielen dabei buddhistische FundamentalistInnen, die in vorderster Front bei der Hetze gegen die meist hinduistischen bzw. moslemischen TamilInnen stehen und der Regierung die religiöse Absolution geben.

DIE KRISE VERSCHÄRFT DIE KRISE

Durch den Tsunami wurden unmittelbar 275.000 Arbeitsplätze vernichtet. Dazu kam eine Preissteigerung in den Küstengebieten von bis zu 25% im letzten Jahr! Eine breit angelegte neoliberalen Privatisierungswelle rollt gerade über das ganze Land. Weitere tausende Menschen werden dabei ihre Arbeitsplätze verlieren und der Lebensstandard nach unten geschrägt. Selbst nach Regierungsangaben sind erst 6% der zerstörten bzw. beschädigten Häuser wieder aufgebaut worden. Es wird geschätzt, dass rund um die Katastrophe rund 3 Milliar-

den Dollar für Sri Lanka gespendet wurde. Eine Riesensumme, die aber nie bei den Menschen angekommen ist. In Sri Lanka zweifelt niemand daran, dass der Großteil dieses Geldes in die Taschen der Regierung und ihrer Günstlinge geflossen ist. Korruption ist eine allgegenwärtige Plage. Und der Rest wird nun zur Aufrüstung gegen die tamilischen Rebellen (=LTTE) verwendet. Um aber das Gesicht nicht zu verlieren, hat die Regierung bereits einen Sündenbock gefunden - die ethnische Minderheit der Tamilen und die LTTE im Speziellen! So verwendet die Clique um Rajapakse den aufkommenden Bürgerkrieg, um von ihrer Korruption und der Krise abzulenken.

DIE LTTE

Die LTTE ist die größte bewaffnete Organisation der TamilInnen. Seit Jahrzehnten liefert sie sich einen offenen Kampf, der bis zu Feld-

schlachten reicht, mit der Regierung. Dabei wurden zahlreiche Landstriche von beiden Seiten vermint, verwüstet und mehr als 70.000 Menschen getötet. Leidtragende ist auch hier wieder die "normale" Bevölkerung. In den letzten Jahren herrschte eine Art Waffenstillstand zwischen Regierung und der LTTE. Die LTTE lässt die soziale Frage in den meisten Punkten außen vor und beschränkt sich nur auf den Unabhängigkeitskampf im Norden und Osten der Insel.

WIE RAUS AUS DEM DILEMMA?

Die Sektion des CWI in Sri Lanka trägt den Namen "United Socialist Party" (USP). Der Name soll damit zum Ausdruck bringen, dass sich die USP weder auf die eine, noch auf die andere ethnische Seite schlägt. Im Vordergrund steht der vereinte Kampf der singhalesischen und tamilischen ArbeiterInnen. Die Materialien der USP erscheinen in beiden Sprachen und ihr organisieren sich Singhalesen und Tamilen (auch in den autonomen Gebieten). Trotzdem verteidigt die USP das Recht auf Selbstbestimmung durch die Tamilen bis hin zur Abtrennung. Das hat die USP selbst bereits zum Angriffsziel nationalisierter Angriffe gemacht. Schon im Präsidentschaftswahlkampf gab es Morddrohungen und einen gescheiterten Anschlag gegen ihren Kandidaten Siritunga Jayasuriya. Aber in einem unabhängigen kapitalistischen tamilischen Staat würden die sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die durch Bürgerkrieg und Tsunami ein dramatisches Ausmaß angenommen haben, nicht gelöst werden. Auf kapitalistischer Grundlage ist ein dauerhafter Frieden in Sri Lanka nicht möglich. Die USP fordert daher statt Verhandlungen zwischen verschiedenen kapitalistischen PolitikerInnen die Zusammenarbeit der ArbeiterInnenklasse und von Gewerkschaften. Ansätze dafür gab es unmittelbar nach dem Tsunami, wo sich Tamilen und Singhalesen gegenseitig geholfen hatten.

“Kampf der Kulturen“ auf österreichisch:

Eine Kärntner Provinzposse?

von John Evers, SLP Wien

35.000 Menschen (Stand 22.2.2006) haben binnen weniger Wochen die Initiative pro Kärnten/za Koroško welche die “Patenschaft” für zweisprachige Ortafeln in Kärnten übernehmen möchte, unterschrieben. Das sind nicht nur weit mehr als dreimal so viele Menschen, die laut Volkszählung 2001 zur slowenischen Minderheit gehören (14.010), sondern auch etwa gleich viele Personen wie der Kärntner Heimatdienst (25.000) und der Abwehrkämpferbund (10.000) gemeinsam auf sich vereinen. Alleine diese Zahlen unterstreichen bereits: Kärnten mag zwar “anders” sein aufgrund einer Vielzahl historischer und sozioökonomischer Vorbedingungen. Kärnten ist vor allem auch in vielerlei Hinsicht (Arbeitslosenzahlen, Armut, Lohnentwicklung) soziales Schlusslicht der Republik. Doch das “Kärntner Wesen” gerade jetzt auf die Aktionen Haiders und das Unwesen rechter Verbände zu reduzieren, bzw. Kärnten in deren Geiselhaft zu begeben, wäre völlig verfehlt. Ebenso wenig gibt es übrigens “die” slowenische “Bedrohung”, wie Marjan Sturm vom Zentralverband der Kärntner Slowenen festhält und zurecht bei den Seiten wie folgt klar differenziert: “Dass es innerhalb der Mehrheit und innerhalb der slowenischen Volksgruppe auch Nationalisten gibt, die eher an einer Konfliktstrategie festhalten, ist unbestreitbar. Ich halte z.B. das Konzept der politisch homogenen Volksgruppe, die von Teilen der Landes-EL (slowenische Einheitsleiste, Anm. JE) befürwortet wird für kontraproduktiv. Dass mitunter in Slowenien von einigen Politikern auch blöde und ungeeignete Wortmeldungen

gen zu Kärnten kommen, sei ebenfalls unbestritten.”¹

UNGEWOHNT RADIKALITÄT - ABER NICHT (NUR) VON RECHTS

Während die Initiative pro Kärnten/za Koroško lediglich im virtuellen Raum agiert und neben einer Vielzahl von Allgemeinplätzen auch Unsinn verbreitet (“Europa ist ein freier Zusammenschluss von Staaten, Menschen, Sprachen und

ren (1972, “Ortstafelsturm”) - ggf. vor einem (von Haider aufgehetzten) rechten Mob zurück zu weichen.

KANZLER SCHWEIGT – SPÖ WINDET SICH

Ganz anders die Kaste der etablierten Politik: Während Haider selbst in der Meinung konservativer JuristInnen und HistorikerInnen Rechtsbruch und gezielte Manipulation zur Sicherung des eigenen Überlebens be-



Kulturen in einer föderalistischen demokratischen Ordnung und beinhaltet die soziale und kulturelle Gleichstellung aller und nimmt die Vielfalt als selbstverständlich wahr.“), der sich wohl kaum mit der Wahrnehmung vieler Menschen über die Entwicklung z.B. der EU deckt, haben gerade viele junge KärntnerInnen genug von der Demütigungsstrategie gegenüber der slowenischen Minderheit. Durch absichtliches Schnellfahren provozierte Klagen gegen einsprachige Ortafeln, Demonstrationen von Jugendlichen und das eigenhändige Aufstellen zweisprachiger Schilder scheinen Ansätze eines neuen Selbstbewusstseins zu demonstrieren, dass nicht mehr bereit ist – wie etwa die gesamte SPÖ-Bundesspitze in den 70er Jah-

treibt, schauen Schüssel und Co. zu. Der Schwarzfunk ORF weigert sich den von ihm selbst in Auftrag gegebenen Film “Artikel 7 - unser Recht“ zu senden. Artikel 7 bezieht sich auf die staatsvertraglich garantierten Minderheitenrechte. Doch auch nicht viel besser verhält sich die SPÖ - die ja schließlich Haider mit zum Landeshauptmann wählte. Wer glaubte unter der neuen Vorsitzenden Schaunig würde sich an der Praxis der Kollaboration mit dem rechten Rand wirklich etwas ändern, wurde bitter enttäuscht. Angesicht der Aktion ein zweisprachiges Ortschild in “St. Kanzian/Skocjan“ aufzustellen berichtet die Kleine Zeitung (20.2) unter der Überschrift “SPÖ verurteilt Rechtsbruch durch Aktivisten“:

“Scharfe Kritik an der Demonstration einer einsprachigen Ortafel in St. Kanzian übt auch die Kärntner SPÖ. “Rechtsbruch ist und bleibt Rechtsbruch, egal von wem er begangen wird, und ist entschieden zu verurteilen“, erklärten LHStv. Gaby Schauna und der SPÖ-Bezirksvorsitzende von Völkermarkt Abg. Jakob Strauss am Montag. Radikale Schritte auf beiden Seiten könnten keinesfalls gutgeheißen werden und würden die Situation in Kärnten anzünden, anstatt einen Beitrag zur Deeskalation zu leisten (...).“ Angesichts der historischen Verantwortung der SPÖ für den aktuellen Zustand der Kärntner Minderheitenpolitik, ist diese Aussage geradezu peinlich.

AUSGANG OFFEN

Tatsächlich scheint es derzeit völlig offen, ob es Haider mit dem neuerlich und bewusst “von oben“ entfachten Ortafelkampf, tatsächlich gelingt das – wohl einzige – (Grund-)Mandat für das BZÖ im Kärntner Regionalwahlkreis Ost zu erlangen. Gelungen ist ihm damit zweifellos ein Stück der unglaublichen Skandale seiner Chaostruppe zu verdecken; Medien sprechen alleine von 4,2 Millionen Euro Kosten für die sehr an die BZÖ-Parteiwerbung erinnernde Kampagne “Zukunft Soziales Österreich“ des Sozialministeriums (der standard, 22.2). Was Kärnten daher auch braucht ist, eine neue politische Kraft, welche die tatsächlich brennenden Probleme des Landes, sowie gerade das Versagen und die politische Korruption des BZÖ auf Bundes- und Landesebene aufgreift.

¹(http://www.slo.at/zso/sturm_de-more.php?id=774_0_5_0_M)

Von Schneechaos, Bush und Sozialismus

Die Aktivitäten der Sozialistische LinksPartei in den letzten Wochen ...



Was hat das Schneechaos mit Sozialismus zu tun? Auf den ersten Blick nichts, auf den zweiten sehr viel! Bei der verschneiten “Donnerstags-Demonstration“ anlässlich von sechs Jahren blau-schwarz-oranger Regierung war die SLP präsent – u.a. mit unserer Stellungnahme zu den Karikatur-Protesten. Aber nicht nur weil wir als SozialistInnen – v.a. in Salzburg – auch von den Schneemassen betroffen waren, stellt sich die Frage, warum schon wieder Menschen in ihrer Freizeit und unbezahlt Katastrophenschutzarbeit leisten müssen, während “wir“ uns ein teures Bundesheer leisten. Warum werden Menschen, die für die Gesellschaft Arbeit verrichten

nicht selbstverständlich bei vollen Bezügen von ihrem Job für die Katastrophenhilfe freigestellt. Weil die Unternehmen zwar von der Gesellschaft profitieren, aber nicht für sie zahlen wollen.

Bei der Arbeit der SLP – egal ob eine Straßenkundgebung, eine Diskussionsveranstaltung oder ein Zeitungsverkauf – geht es stets darum aufzuzeigen, dass der Kapitalismus ein System ist, bei dem eine Minderheit auf Kosten einer Mehrheit lebt. Dass Kapitalismus nichts mit “Demokratie“ zu tun hat, zeigt sich auch beim angekündigten Besuch des US-Präsidenten Georg W. Bush in Wien am 21. Juni. Die US-Behörden werden weitgehend die Kontrolle haben, die

Innenstadt abgeriegelt, das Demonstrationsrecht eingeschränkt werden. Bush soll nur ja keinen Protest gegen seine Politik – Krieg, Sozialabbau und religiöser Fundamentalismus – zu Gesicht bekommen. Die SLP wird sich maßgeblich an den Protesten gegen Bush&Co beteiligen. Im Februar haben wir daher auch eine Aktionswoche in Salzburg abgehalten, wo wir für die Demonstration gegen das EU-Außenministertreffen mobilisiert haben. Denn die Festung Europa dient denselben Interessen wie Bush. Das Interesse war groß - wir haben über 1.500 Flugblätter verteilt – vor Schulen, am Bahnhof und in der Stadt. Interesse fand auch die Februar-Ausgabe von VORWÄRTS die mit “Privatisierung=Postraub“ titelte – jedeR 10. TeilnehmerIn der Post-Proteste vor der ÖIAG-Zentrale hat die Zeitung gekauft. Zum Slogan “Streik ist gerechtfertigt“ war der Tenor der KollegInnen: “Habts recht, wir sollten endlich strei-

ken“. Nur GewerkschaftsfunktionärInnen setzen auf warten und verhandeln – und haben die Privatisierung nicht verhindert. In Linz ist die SLP zentral an der Demonstration gegen die Postprivatisierung am 17. März beteiligt. Der März wird ein sehr aktiver Monat – mit hoffentlich weniger Schnee aber viel sozialistischer Arbeit.

Aufruf: Wer bei der Mobilisierung für eine Demo anlässlich des Bush-Besuchs mithelfen möchte, melde sich unter Tel. 01/524 63 10 oder E-Mail: slp@slp.at.

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerantrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein “All-Inclusive-Abo“ eben.

PSK 8812.733



Infos & Anmeldung: www.slp.at
Siehe auch Inserat auf Seite 8

Freitag, 31. März: Beginn um 18 Uhr

19.00: Podiumsdiskussion

Billiglöhne, Steuerwettlauf und Verfassungskrise: Gibt es Alternativen zu EU und Nationalismus?

mit Rudolf Kaske,

Vorsitzender der Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönliche Dienste und Wojtek Orowiecki,

Mitglied der Grupa na rzec Partii Robotniczej - Polen (Gruppe für eine ArbeiterInnenpartei) und Aktivist von KPIOP (Komitee die Unterstützung und Verteidigung von ArbeiterInnenrechten)

Samstag, 1. April: Beginn um 10 Uhr

10.30-13.00 Arbeitskreise

- Flüchtlingsproblem - Unlösbar?
mit Herbert Langthaler, Asylkoordination Österreich
- Polen:
Zwischen ArbeiterInnenprotesten und katholischer Diktatur?
mit Wojtek Orowiecki,
Mitglied der Grupa na rzec Partii Robotniczej - Polen (Gruppe für eine ArbeiterInnenpartei) Aktivist von KPIOP (Komitee die Unterstützung und Verteidigung von ArbeiterInnenrechten)
- Revolution, Generalstreik und bewaffneter Kampf in der Alpenrepublik: Ein Überblick über die sozialistischen Traditionen in Österreich

14.30-17.00 Arbeitskreise

- Wie können Arbeitskämpfe in Zukunft gewonnen werden?
mit Martin Palensky, Zentralausschuss Post AG, Vorsitzender-Stellvertreter
- FPÖ-Neu & das faschistische Lager: Eine Annäherung?
- Geschichte und Lösungen für den Nordirlandkonflikt
mit Peter Hadden, Socialist Party - Nord-Ireland

18.00: Podiumsdiskussion

Welche Partei brauchen

ArbeitnehmerInnen und Jugendliche heute?

mit Hakan Doganay, Mitglied im geschäftsführ. Landesvorstand der WASG Berlin und Werner Murgg, Abgeordneter zum steirischen Landtag (KPÖ)

Sonntag, 2. April: Beginn um 10 Uhr

10.30-13.00 Arbeitskreise

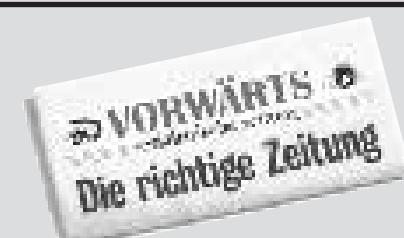
- Lateinamerika: Kontinent in Aufbruch nach links
- Zivildiener - Moderne Sklaven
mit Jan Rybak, Plattform für Zivildiener – Salzburg
- Warum die radikalen AbtreibungsgegnerInnen von neoliberaler Politik profitieren

14.30: Podiumsdiskussion:

Wem nutzt der Krieg gegen den Terror?

mit Peter Hadden,

Socialist Party – Nord-Ireland, Mitglied des internationale Exekutivkomitees des CWI und Boris Lechthaler, Werkstatt Frieden & Solidarität



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort “Abo“ nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

**Neues aus dem CWI****USA: Widerstand gegen Jobvernichtung**

Der US-Autozulieferer Delphi will 24.000 Arbeitsplätze abbauen und die Löhne der verbleibenden Belegschaft um 60 Prozent senken. Mitte Februar waren Hunderte von Beschäftigten zu einer Protestaktion vor der Delphi-Zentrale in Flint, Michigan erwartet worden. Doch einen Tag vor der geplanten Kundgebung sagten Gewerkschaftsbürokraten von der Automobilgewerkschaft United Auto Workers (UAW) den Protest ab. Als Grund war das winterliche Wetter angegeben worden. Entscheidender als der Schnee war für die Absage jedoch die Sorge der Gewerkschaftsführung, dass der Protest sich radikalisieren könnte und die oppositionellen Kräfte innerhalb und außerhalb der offiziellen gewerkschaftlichen Strukturen Aufwind bekommen könnten. Sogar in der bürgerlichen Presse wurde die Absage bekannt gemacht. Trotz der Absage beteiligten sich 75 Beschäftigte an einer lebendigen Protestaktion. Die meisten von ihnen gehörten zu Soldiers of Solidarity, einer wichtigen Opposition in der UAW, die für einen kämpferischen Kurs gegen die Angriffe der Unternehmer eintritt. Delphi befindet sich in einem Insolvenzverfahren und will dies dazu nutzen, um zwei Drittel der Belegschaft abzubauen. Die Soldiers of Solidarity haben in verschiedenen Bundesstaaten große Versammlungen organisiert. Unter den Beschäftigten wird intensiv über Streikmaßnahmen bei Delphi und General Motors diskutiert.

Iran: Solidarität mit inhaftierten Buslenkern

Ende Januar wurden etwa 500 Busfahrer wegen Beteiligung an Streiks verhaftet. Mehr als die Hälfte befindet sich noch im Gefängnis in Teheran. Diejenigen, die aus dem Gefängnis entlassen wurden, sind noch nicht wieder eingestellt worden. Die Bush-Regierung, die sich beim Arbeitskampf der U-Bahnfahrer in New York gegen die dortigen Beschäftigten gestellt hat, versucht sich als Freund der Busfahrer in Teheran aufzuspielen und verlangt die deren Freilassung. Solidarität aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sind daher besonders wichtig. Sie können aufzeigen, dass internationale Solidarität nur unter Gleichen, das heißt unter Beschäftigten, Erwerbslosen, armen BäuerInnen und Jugendlichen möglich ist.

Protestbriefe an: Präsident der Islamischen Republik Iran Dr. Mahmud Ahmadinejad Fax: 0098/ 21 6480665 eMail: dr-ahmadinejad@president.ir

von Michael Gehmacher,
SLP Wien

Erzählt man als Österreicher vom Australienurlaub, kommen fast immer drei Reaktionen: Crocodile Dundee, Kängurus und die Australien Open, meistens sogar in dieser Reihenfolge. Es ist fast schon bedrückend im Rahmen einer Reise schließlich mitzukriegen, wie wenig auch politisch interessierte Menschen, über die bewegte Vergangenheit und Gegenwart des Landes wissen.

ROTE FAHNEN – SELBST IM ZOO

Besucht man als Gewerkschafter Melbourne, die Hauptstadt von Victoria im Südosten des Landes, so stößt man schnell auf die kämpferische Gewerkschaftstradition. Sogar im Tiergarten weht die rote Fahne der Bauarbeitergewerkschaft. „Die Umbauarbeiten an diesem Tiergehege werden von einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb durchgeführt“, soll die Fahne ausdrücken. Fahnen und Transparente von Gewerkschaften begegnen man an vielen Ecken und Enden. Man wird ebenso daran erinnert, dass die ersten Australier keine Verbrecher waren, sondern Gefangene eines unverhältnismäßig brutalen englischen Strafgesetzes das schon den Diebstahl von Lebensmittel mit vielen Jahren Gefängnis bestraft. Abertausende meist arbeits- und obdachlose Jugendliche wurden

so nach Australien verschifft. Dazu kommt der Widerstand und die Unterdrückung der Ureinwohner, die großen Bergarbeiterstreiks, der Kampf um den 8-Stundentag u.v.m.

KAMPF UM SOZIALE RECHTE NEU ENTFACHT

Im November 2005 beschloss die rechtskonservative Regierung unglaubliche soziale und politische Verschlechterungen. Geplant sind unter anderem: ein für Unternehmer großzügiges Schadenersatzrecht gegen einzelne ArbeitnehmerInnen bei Streiks, die Möglichkeit dem Arbeitnehmer zu verbieten über den Inhalt seines Arbeitsvertrags mit dritten Personen (Gewerkschaft, KollegInnen, Rechtsanwälten) zu sprechen, Einschränkungen für Betriebsräte, und vieles mehr. Bei einem Sozialsystem das weniger auf Gesetzte sondern auf von Gewerkschaften erkämpfte und überwachte kollektivvertragliche Regelungen beruht, sind solche Angriffe besonders dramatisch. Kämpferische Gewerkschafter, Basisaktivisten in Betrieben und linke Gewerkschaftsgruppen konnten, unterstützt vom Unmut in den Betrieben den australischen Dachverband der Gewerkschaften in den Kampf zwingen. So gingen am 15.11. 05 vormittags mehr als eine halbe Million Menschen (bei knapp 20 Millionen Einwohner) auf die Strasse. In Melbourne (mit knapp 2 Millionen Einwohnern) waren es über 250.000 Menschen. Da



die Demonstration vormittags stattfand wurde in vielen gewerkschaftlich gut organisierten Großbetrieben die Arbeit unterbrochen. Die Socialist Party (SLP-Schwesterorganisation in Australien) beteiligte sich in drei Städten (Sydney, Perth und Melbourne) an den Demonstrationen.

DIE ARBEIT UNSERER SCHWESTERPARTEI

Die Arbeit der SP ist geprägt vom Kampf gegen Rassismus einerseits und der Arbeit in verschiedenen Gewerkschaften anderseits. Mehrere Gewerkschaften haben Funktionen in der traditionell linken Bauarbeitergewerkschaft oder anderen Gewerkschaften. Ein großer Erfolg gelang der Ortsgruppe in Melbourne mit dem Einzug in den 9 köpfigen Stadtteil von "Yara", einem Stadtteil von Melbourne mit

100.000 Einwohnern der vor allem ImmigrantInnen, ArbeitnehmerInnen, studentischen Jugendlichen und Künstlern geprägt ist. Die Stadtratsarbeit reicht von der Mobilisierung für die Rechte von Straßenmusikanten, Anrainerbeschwerden bis zu verschiedenen Gewerkschaftsthemen.

KAMPF GEGEN RASSISTISCHE AUSSCHREITUNGEN

Am 9.2. könnten Antirassismus, Gewerkschaftsarbeit und Stadtrat optimal verbunden werden. Stephen Jolly der SP-Stadtrat in Yarra, nahm die rassistischen Ausschreitungen an den Stränden von Sydney im letzten Dezember zum Anlass, zu fragen, wie Gewerkschaften gegen Rassismus kämpfen sollten. Er lud 2 große Gewerkschaften und Vertreter der muslimischen Gemeinschaft in die Gemeinde-

halle. Durch den Cartoonstreit bekam das Thema neue Nahrung und über 200 Menschen erschienen. Viele Basisaktivisten und Betriebsräte muslimischer und nichtmuslimischer Herkunft legten dort ein Bekenntnis für den gemeinsamen Kampf gegen Rassismus und die neoliberalen Attacken der australischen Regierung ab. Nachzulesen auf der Homepage der Elektrikergewerkschaft ETU.

Wer die österreichische Gewerkschaftspolitik gewohnt ist, wird in Australien immer wieder von der Spontanität, dem unbürokratischen Zugang und der Offenheit australischer Gewerkschafter überrascht sein. Man fliegt zurück mit dem Gedanken, was alles möglich wäre, wenn die österreichischen Gewerkschaften ihren sozialpartnerlichen Weg endlich verlassen würden.

Der Teufel steckt im Detail**EU-Dienstleistungsrichtlinie weiterhin gegen ArbeitnehmerInnen gerichtet**

von Harald Mahrer, SLP Wien

Am 14. Februar demonstrierten in Straßburg rund 50.000 GewerkschafterInnen aus ganz Europa gegen die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie. Drei Tage später nahm das Europaparlament einen Kompromiss, der von den Europäischen Volksparteien mit der Europäischen Sozialdemokratie ausgehandelt wurde, an. Jetzt beschäftigt sich wieder der EU-Rat unter dem derzeitigen Vorsitz Österreichs mit der Materie.

FAULER KOMPROMISS

Ursprünglich machte die Richtlinie, die nach ihrem Erfinder Frits Bolkestein benannt wurde, dadurch Furore, dass sie das Herkunftslandprinzip einführen wollte. Das hätte bedeutet, dass eine Firma, die in Österreich eine Dienstleistung anbietet, dabei den Gesetzen und der Rechtsbarkeit des Herkunftslandes unterliegt. Dies hätte unweigerlich dazu geführt, dass vor allem die großen Firmen ihre Firmensitze in jenes Land verlegt hätten, dass ihnen die besten (für die Arbeit-

ÖGB-Delegation bei der Demonstration in Straßburg



reich beschäftigt werden, in Österreich ihr Recht einklagen, eine grenzüberschreitende Exekution der Urteile ist aber defacto unmöglich. Wenn ein ausländischer Anbieter „seinen“ Arbeitnehmer erst gar kein Urlaubsgeld zahlt, kann dies zwar einge-

reich beschäftigt werden, in Österreich ihr Recht einklagen, eine grenzüberschreitende Exekution der Urteile ist aber defacto unmöglich. Wenn ein ausländischer Anbieter „seinen“ Arbeitnehmer erst gar kein Urlaubsgeld zahlt, kann dies zwar einge-

klagt werden, aber niemand exekutiert das dann im Land des Firmensitzes. Wir kennen dieses Phänomen von Strafzetteln aus dem Straßenverkehr. Zwar wird eine Strafverfügung aus dem Ausland zugestellt, wird sie nicht bezahlt, passiert genau nichts.

Skandal: ÖGB-Chef für Liberalisierung und Privatisierung!

Offiziell kritisiert die Gewerkschaft in ihren Organen zu Recht die neoliberalen Politik der Privatisierungen, Liberalisierung der Märkte und Arbeitszeiten als arbeitnehmerfeindlich und propagiert deren Bekämpfung. Was der Gewerkschaftsöffentlichkeit vorenthalten wird, ist der offenkundige Skandal, dass der eigene Präsident seinen Leuten in den Rücken fällt.

Im Kok-Bericht, einem Zwischenbericht zur Umsetzung des sogenannten Lissabon-Ziels der EU aus dem November 2004, wird u. a. gefordert:

- Liberalisierung von Märkten und netzgebundenen Industriezweigen, insbesondere auch der Postdienste und des Eisenbahnverkehrs
- Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs
- günstiges Klima für Unternehmen ... Zurückhaltung bei den Lohnforderungen

Dieser Bericht wurde mitunterfertigt vom ÖGB-Präsidenten höchstpersönlich. Wie lange ist Fritz Verzetsnitsch noch als ÖGB-Präsident tragbar?

WAS MACHT DER ÖGB?

Bessere Formulierungen und mehr Ausnahmen (z.B. Wasserversorgung) werden gefordert. Mehr nicht. Die richtige Antwort wäre eine europaweite kämpferische Kampagne, die nicht nur das Aus der Bolkestein-Richtlinie fordert, sondern darüber hinaus für europaweite Kollektivverträge und eine Vereinheitlichung des Arbeitsrecht auf dem höchsten Niveau kämpft. Stattdessen setzt der ÖGB auf Lobbying. Das bisherige Ergebnis: Ein fauler Kompromiss mit teuflischen Details und keine internationale Gegenstrategie der europäischen Gewerkschaften.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Nein zur Festung Europa! Nein zu EU-Atombomben!

Sozialismus international!

Am 10. und 11. März treffen sich die EU-AußenministerInnen in Salzburg.

Wir mobilisieren zur Demo am 11.3 um 15.00 Uhr/Salzburg-Bahnhof!

SLP-Salzburg

Seit ihrem Bestehen dient die EU den Herrschenden zur Unterdrückung und Ausbeutung der europäischen ArbeiterInnenklasse. Nie war sie ein "Friedensprojekt" wie es von bürgerlichen PolitikerInnen immer wieder behauptet wird. Schon die Europäischen Gemeinschaft(en) unterstützte(n) den Kampf der Kolonialherren gegen die Befreiungsbewegungen in Afrika und Asien. Z.B. erhielt Frankreich während des Algerienkrieges besonders günstige Sonderkredite.

ÖSTERREICHISCHER SPITZENBEAMTER (Ex-FPÖ) UND SPÖ FÜR EU-ATOMBOMBEN

Der inzwischen wegen des öffentlichen Drucks ruhiggestellte Sektionschef Erich Reiter (Verteidigungsministerium, EX-FPÖler) forderte zu Jahresbeginn bei einer Tagung Atombomben für die EU. Caspar Einem - bekannt als angeblicher Linksblinker in der SPÖ - stellte sich mit folgendem Kommentar nicht nur hinter Reiter, sondern auch klar, dass es hier im Grunde einen breiten Konsens in der EU gibt: "Grün und Rot treten ausdrücklich für eine gemeinsame europäische Verteidigung, für eine europäische Armee statt der bestehenden fünfundzwanzig ein und Schwarz ist nicht ausdrücklich dagegen." (der standard, 13.2.2006). Einem argumentiert in der Folge simpel: Es ist besser die EU als die einzelnen Nationalstaaten kontrollieren das europäische Nuklearpotential.

WOZU EU-ARMEE UND ATOMBOMBEN?

Reiter legte die Hintergründe solcher - offensichtlich auch österreichischer - Militarisierungsbestrebungen bereits 2001 wiefolgt dar: Es ginge um Sicherstellung eines "globalen Management von Konflikten und zwecks Zugangs zu strategischen Roh-

stoffen, der Aufrechterhaltung freien Handels und der Schifffahrt" (vgl.: der standard 10.2.2006). Genau das - nämlich die Verteidigung der Interessen der europäischen Banken und Konzerne - tun inzwischen bereits Armeen aller EU-Staaten (selbst Luxemburg fehlt nicht!) im Irak, am Hindukusch und Balkan, sowie in Afrika. Das soll nun besser koordiniert und vor allem massiv ausgebaut werden. Auch am Beispiel des kleinen Österreichs wird deutlich wie ambitioniert die imperialistischen Pläne (in) der EU sind: Zur Zeit sind 1.220 österreichische Soldaten im Auslandseinsatz, mittelfristig soll laut Verteidigungsministerium diese Zahl auf 3.500 verdreifacht werden! Wir treten deshalb für die massive Abrüstung aller nationalen Armeen ein, ebenso wie für die bedinglose Vernichtung aller Atomwaffen in Europa, sowie selbstverständlich gegen alle Versuche die Militarisierung durch eine gemeinsame europäische "Verteidigungs"- Politik voran zu treiben.

GEGEN DIE RASSISTISCHE FESTUNG EUROPA!

Den Bevölkerungen der Länder außerhalb der EU wird durch Handelsabkommen und Zollschränken weiter eine klare Rolle zugewiesen: Sie sollen Rohstoffe, Lebensmittel und Billigwaren liefern und Absatzmärkte für Industrieprodukte aus den weiter entwickelten kapitalistischen Zentren der Europas sein. Zugleich wird die Festung Europa gegen jene, die dem Elend, den durch europäische Marktinteressen verursachten Kriegen und der Perspektivlosigkeit ihrer Heimatländer entfliehen wollen, hermetisch abgeriegelt. Jährlich sterben tausende bei dem Versuch nach Europa zu gelangen. Allein in der Meerenge zwischen Marokko und Gibraltar ertranken zwischen 2000 und 2005 etwa 1.000 Menschen auf ihrer Flucht. Gleichzeitig wird in den euro-

päischen Staaten die rassistische und nationalistische Hetze gegen "die Moslems" oder "die Nigerianer" verschärft. Dies soll die ArbeiterInnenklasse und Jugend spalten, jene, die an sich gemeinsame Grundinteressen haben, gegen einander aufhetzen.

NUR DER SOZIALISMUS IST WIRKLICH INTERNATIONAL!

Die einzige Möglichkeit den in letzter Konsequenz tödlich Kreislauf der kapitalistischen EU von Ausbeutung, Rassismus, Unterdrückung und Krieg zu durchbrechen, ist der gemeinsame Kampf der ArbeiterInnenklasse und der Jugend aller Länder, unabhängig von ihrem kulturellen Hintergrund und ihrer Herkunft. Die kapitalistische EU, der Kapitalismus an sich bietet den Menschen keine lebenswerte Zukunft. Es ist nötig ihn zu stürzen und eine Alternative dazu aufzubauen - eine sozialistische Demokratie ohne Ausbeutung, Rassismus und Krieg!

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 154

März 2006

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.



sozialismustage '06

freitag 31.03. bis sonntag 02.04.2006 . wien

Von Freitag, 31. März – Sonntag, 2. April veranstaltet die Sozialistische LinksPartei (SLP) in Wien ihre Sozialismustage. Es werden drei Tage voller Informationen und Diskussionen zum Widerstand gegen Sozialabbau, Kapitalismus und Krieg, mit marxistischer Theorie und Fragen der EU, sowie des Aufbaus einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendlichen.

Neben österreichischen Gästen aus der Gewerkschaftsbewegung, der antifaschistischen/antirassistischen Arbeit und der Frauendarbeit werden auch internationale Gäste teilnehmen.

Hauptdebatten: (Programm siehe S. 6)

- Billiglöhne, Steuerwettlauf und Verfassungskrise - Gibt es Alternativen zu EU und Nationalismus?
- Welche Partei brauchen Arbeitnehmer und Jugendliche heute?
- Wem nutzt der Krieg gegen den Terrorismus?
- Freitag, 31. März ab 18⁰⁰ Uhr
- Samstag, 1. April 10⁰⁰-21⁰⁰ Uhr
- Sonntag, 2. April 10⁰⁰-18⁰⁰ Uhr

► Amerlinghaus, Wien 7, Stiftgasse 8

► erreichbar mit U3 Neubaugasse oder U2 Volkstheater

Infos und Anmeldung unter <http://slp.at/index.php/201/>

► Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!